

**Für
Investitionen in
unsere Zukunft.**

Entgleisung bei voller Fahrt verhindern!

Die Bahn braucht dringend längst zugesagte Milliarden für die Sanierung ihrer Schienenwege. Das ist auch wichtig für eine starke deutsche Wirtschaft. Durch das Aus der Bundesregierung und den fehlenden Haushalt für 2025 ist die Lage plötzlich unsicher. Tarek Bannoura erzählt, was das bedeutet.

Der graue Winterhimmel spiegelt die Stimmung wider, die viele Eisenbahner*innen seit dem Aus der Bundesregierung spüren. Denn viele Investitionszusagen für die Bahn, die im neuen Haushalt vorgesehen waren, stehen nach dem Aus der Ampel-Koalition auf der Kippe. „230 Züge fahren täglich zwischen Hamburg und Berlin, mit bis zu 30.000 Fahrgästen“, erzählt Tarek von der EVG Thüringen. Die Strecke wird gerade aufwändig saniert, denn „die Schiene ist auf dieser Strecke massiv belastet“. Seit Jahrzehnten wurden notwendige Investitionen in die Infrastruktur verschleppt, mit dem Ergebnis: Deutschland ist EU-weit fast Schlusslicht bei den Investitionen in die Infrastruktur.

Für 2025 stehen 17 bis 20 Milliarden Euro für Bahn-Investitionen in Frage, die der Bund zugesagt, aber die Bundesregierung noch nicht beschlossen hatte. Bleiben die eingepplanten Investitionen nun aus, würde sich der Ausbau massiv verzögern – zum Beispiel auf der Strecke Hamburg – Berlin. „Noch mehr Verspätungen und Zugausfälle sind die Folge. Und für die Beschäftigten der Bahn bringt das nicht nur längere Arbeitszeiten, sondern auch mehr Konflikte mit frustrierten Fahrgästen mit sich“, sagt Tarek. Ohnehin fühlen die Beschäftigten sich verunsichert, berichtet er, auch weil der Bahn-Konzern gerade in der Umstrukturierung steckt – eine „Personalbedarfsreduzierung“ ist angekündigt.

All das zerrt an den Nerven der Eisenbahner*innen. Die Bahn ist mehr als nur tausende Kilometer Schienen. Ihre Lokführer*innen, Zugbegleiter*innen, Stellwerksbeschäftigten und Techniker*innen und viele mehr leisten einen wichtigen Beitrag zur deutschen Wirtschaft und zum Klimaschutz. „Durch die fehlenden Investitionen droht alles zu scheitern, was die Bahn zum Deutschlandtakt beitragen soll“, macht Tarek deutlich. Der Deutschlandtakt, ein Vorhaben von Politik, Bahn, Gewerkschaften und Verbänden, soll die Bahn zum Verkehrsmittel der Zukunft machen – „dank abgestimmter, verlässlicher Verbindungen im Nah-, Fern- und Güterverkehr“ heißt es auf der Internetseite. Sprich: Rollt der Güterverkehr nicht, hat das Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft, die Industrie und ihre Zuliefererbetriebe.

Für Tarek ist klar: Der Bund muss zu seinen Versprechen stehen. „Wir brauchen eine Schiene, die zukunftsfähig ist. Das bedeutet nicht nur Investitionen in Infrastruktur, sondern auch in die Menschen, die die Bahn am Laufen halten.“ Die kommenden Jahre werden entscheidend sein – für die Deutsche Bahn und eine starke Wirtschaft, die Beschäftigten, und die Millionen Menschen, die täglich Bahn fahren. 

Der 31-jährige ist Eisenbahner von ganzem Herzen. 2015 begann er seine Ausbildung bei der DB Regio und war anschließend Zugbegleiter. Was es bedeutet, Verantwortung für die Sicherheit und den Komfort der Fahrgäste zu tragen, erlebte er in dem Beruf hautnah. „Ich habe quasi täglich gesehen, wie stark unsere Kolleginnen und Kollegen gefordert werden. Und wie wenig ihre Arbeit oft wertgeschätzt wird“, sagt Tarek heute. Foto: © privat

Deutschland fit in die Zukunft – endlich investieren und die Wirtschaft stärken

Bröckelnde Brücken, Busfahrer*innen am Limit und Lehrer*innen, die nicht mehr glauben, dass das Schulgebäude irgendwann saniert wird. Die Politik muss endlich in Straßen, Brücken, Schulen und Personal im öffentlichen Dienst investieren. Das hilft der schwächelnden Wirtschaft und den Menschen. Wie folgenreich der jahrelange Sparzwang ist, erzählen Fabian Ferbig und Laura Pinnig.

Deutschland steht im Sanierungsstau

Rote Rücklichter, wohin man blickt. Jeden Morgen stundenlang im Stau stehen, weil die Brücke gesperrt ist? Wer verstehen möchte, welche gravierenden Folgen der jahrelange Sparzwang für Wirtschaft und Menschen hat, der sollte sich die Lage entlang der A45 in NRW anschauen. Seit rund fünf Jahren ist die Rahmedetalbrücke bei Lüdenscheid gesperrt. Eine Katastrophe für eine ganze Industrieregion. Die Vollsperrung führt zu riesigen Staus und Verspätungen, weil die marode Brücke kilometerweit umfahren werden muss.

Beschäftigte haben ihre Jobs gekündigt, weil sich der Arbeitsweg von Dortmund ins Sauerland mit zwei oder drei Stunden Fahrtzeit pro Tag nicht mehr lohnt. „Die, die ihren Job noch haben, müssen Abstriche im Feierabend machen, können ihre Kinder nicht zum Fußball bringen oder sich um die Hausaufgaben kümmern“, erzählt Fabian Ferber, 1. Bevollmächtigter und Kassierer der IG Metall Märkischer Kreis. Es gibt Busfahrer*innen, die ihren Job nicht mehr ausüben können, weil sie durch die enormen Staus in und um Lüdenscheid den Fahrplan nicht mehr einhalten konnten. Der psychische Stress war zu groß.

All diese Geschichten kennt Fabian Ferber. „Es gibt Unternehmen, die jährlich hohe sechsstelligen Summen verlieren, weil der Transport ihrer Produkte über weite Umwege laufen muss“, berichtet Ferber. Was ihn besonders ärgert: Die Sanierung ist hinausgezögert worden. „Obwohl klar war, was auf uns zu kommt, hat der damalige Verkehrsminister Henrik Wüst von der CDU die Lage ignoriert.“ Im Nachbarland Hessen seien Brücken und Straßen schon vor mehr als zehn Jahren saniert worden. Bis 2026 soll die Brücke nun saniert sein. Allerdings

ist das erst der Auftakt, denn auch alle weiteren rund 70 Brücken auf der A45 müssen dringend überarbeitet werden. Das Beispiel zeigt, wie sehr der Staat in der Pflicht steht, endlich in die öffentliche Infrastruktur zu investieren. Der DGB fordert seit Jahren Investitionen in Höhe von mindestens 600 Milliarden Euro, um das Land und die Wirtschaft zu modernisieren.

Geflickte Ruinen statt Bildungstempel

Was der jahrelange Investitionsstau bedeutet, kann auch Laura Pinnig erzählen, Grundschullehrerin in Berlin-Spandau und aktiv in der GEW. „Wir Lehrkräfte spüren deutlich, dass die halbe Schule zusammenfällt“, erzählt sie. Eigentlich sollte das Schulgebäude vor zwei Jahren saniert werden – jetzt wurden die Maßnahmen erneut um drei Jahre verschoben. „Wir glauben schon gar nicht mehr dran, dass es irgendwann wirklich losgeht“, berichtet sie.

Die bisherigen Maßnahmen reichen hinten und vorne nicht: „Wenn etwas ausgebessert wird, dann immer nur ganz billig und nicht nachhaltig. Zum Beispiel war der Treppenbelag durch, das wurde repariert, aber nur mit Plastikkanten, statt ordentlicher Metallkanten – da weiß man schon direkt, dass es am Ende des Schuljahres wieder kaputt ist.“ Auch auf einen Ergänzungsbauplatz warten die Lehrkräfte an ihrer Schule seit Jahren. An Platz mangelt es überall. Schultoiletten sind oft sinnbildlich für den Zustand der Schulen und ein Thema für sich. Auch an Laura Pinnigs Schule sind sie veraltet und oft verdreckt. Sie vermutet, dass sich ein Teil des Vandalismus durch Schüler*innen vermeiden ließe, wenn die Nassräume insgesamt in einem moderneren Zustand und saniert wären. So sagt es beispielsweise auch die „broken window“-Theorie: Wenn an einem Haus ein Fenster zerbrochen ist, werden auch die anderen Fenster bald eingeworfen.

Die Haushaltskürzungen in Berlin bringen nun weitere Einschränkungen für die Lehrkräfte. Bei den Lehrer*innen verfestigt sich der Eindruck: „Hier wird gespart an jeder Ecke“. Für die Lehrerin steht fest: Jeder Cent, der jetzt nicht ausgegeben wird, wird an der Zukunft der Kinder gespart. „Das ist eine Generation, die in der Pandemie sehr gelitten hat“, erklärt sie. An ihrer Schule haben viele Kinder während der Schul-Lockdowns zu wenig Bewegung gehabt, ungesunde Ernährung und zu viel Medienkonsum. Die Folgen davon müssen jetzt abgefedert werden. „Das sollten uns diese Kinder als Gesellschaft wert sein! Dass jetzt noch weiter gekürzt werden soll, frustriert mich sehr“, so Pinnig. 



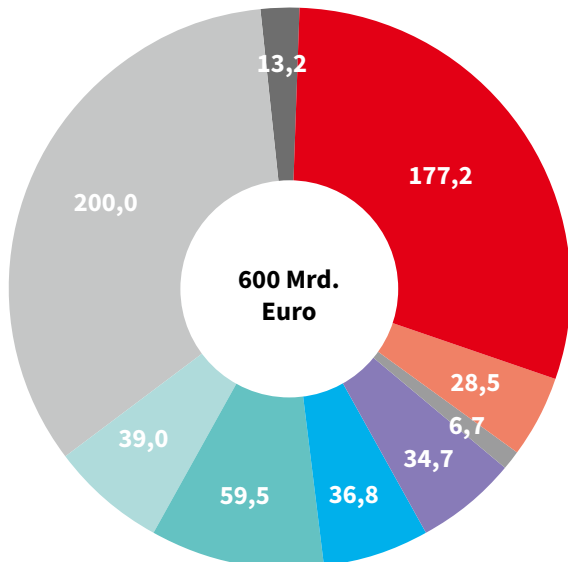
DER DGB FORDERT:

- ▶ Alle finanziellen Spielräume für Investitionen nutzen und die Schuldenbremse reformieren.
- ▶ Sonderfonds für Infrastruktur und Transformation im Grundgesetz verankern.
- ▶ Investitionen in Fachkräfte im öffentlichen Dienst erhöhen.
- ▶ Zukunftstechnologien aktiv fördern für Klimaneutralität.
- ▶ Planungssicherheit durch verlässliche öffentliche Mittel.

Darum muss Deutschland investieren

600 Milliarden Euro für Straßen, Bildung und Klima

Öffentliche Mindest-Investitionsbedarfe in Deutschland über zehn Jahre (in Mrd. Euro)*



Infrastruktur auf kommunaler Ebene:

Kommunale Infrastruktur, Ausbau des ÖPNV

Bildung: Ausbau von Ganztagschulen, Sanierungsbedarf der Hochschulen

Wohnungsbau: **Staatlicher Anteil**

Überregionale Infrastruktur:

Ausbau des Schienennetzes, Bundesfernstraßen

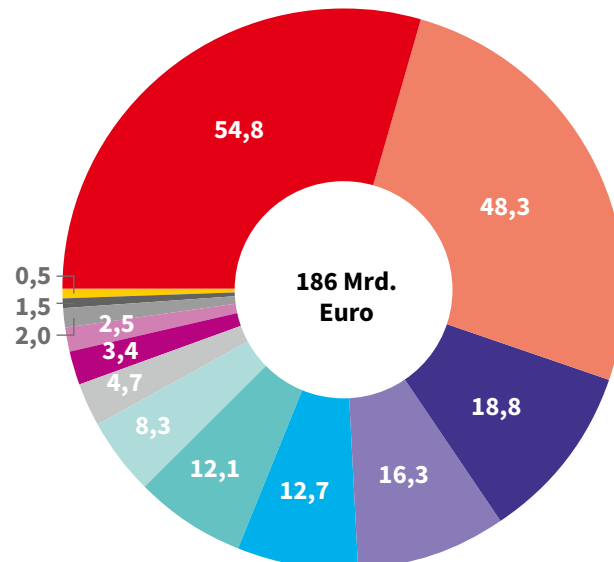
Klimaschutz und Klimaanpassung: Dekarbonisierung (staatlicher Anteil), kommunale Ausgaben für Klimaanpassung

*Anmerkung: Es handelt sich um einen Mindestbedarf an Investitionen, da verschiedene Bereiche wie das Gesundheitswesen, die Wasserstraßen und weitere fehlen.

Quelle: IMK 2024

Kommunen brauchen Investitionen

Investitionsrückstand auf kommunaler Ebene (in Mrd. Euro, Werte gerundet)



Schulen, Straßen, Verwaltungsgebäude, Feuerwehr, Kitas, Sport, Wasser, Kultur, Sonstiges, IT, Gesundheit, Wohnen, ÖPNV

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2024

**Investitionen für die Zukunft
Wir fordern jährlich mindestens
60 Milliarden Euro zusätzlich
an Investitionen.**

DGB

Quelle: DGB/HBS 2024

Schienenausbau mangelhaft Finanzierungssicherheit für Neu- und Ausbau der Schieneninfrastruktur

Schweiz: 12 Jahre

Österreich: 6 Jahre

Deutschland: 1 Jahr

Quelle: Allianz pro Schiene



Marode Brücken ohne Ende

Angaben zum Zustand von Brücken auf Autobahnen

Gesamtanzahl Brücken in Deutschland: 130.000
Davon Autobahnen und Fernstraßen: 40.000
Davon **dringend reparaturbedürftig: 4000**

Quelle: Bundesverkehrsministerium 2023



Krisengebiet Schultollette Ergebnisse einer Umfrage unter Schulleitungen und Schüler*innen an Berliner Schulen zum Zustand der Schultolletten

60 % der Schulleitungen geben an, dass die Sanitäranlagen **nicht** vollständig **funktionsfähig** sind.

50 % der Schüler*innen sind der Meinung, es wird sich **nicht** gut um die Schultolletten **gekümmert**.

Quelle: German Toilet Organization 2024

Fachkräftemangel: Potenziale heben – Wirtschaft stärken

In Deutschland werden zunehmend Fachkräfte gesucht. Der DGB-Index Gute Arbeit hat 7000 Beschäftigte zur Lage in ihrem Betrieb befragt. In vielen Bereichen sind die Ursachen für Personalengpässe hausgemacht, so das Ergebnis. Wir erklären, was Arbeitgeber und Politik nun tun müssen, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Und warum davon auch die kriselnde Wirtschaft profitieren würde.

Vitamin B kann bei der Karriereplanung bekanntlich hilfreich sein. Auch Arbeitgeber profitieren, wenn ihre Mitarbeiter*innen Werbung für ihren Betrieb machen, um neue Fachkräfte zu gewinnen. Ob Beschäftigte im Freundeskreis oder der Familie die Werbetrommel für ihren Betrieb rühren, hängt stark mit den Arbeitsbedingungen dort zusammen. 76 Prozent von Beschäftigten in Betrieben mit schlechter Bezahlung, Stress und Überstunden geben an, ihren Arbeitgeber nicht weiterzuempfehlen. Warum auch?

Fachkräftemangel: Pflege, Erziehung, Bildung

Dabei könnten viele Unternehmen eine Vitaminspritze gut vertragen, wie der DGB-Index Gute Arbeit zeigt. Denn 46 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Bereichen mit starkem Fachkräftemangel. Besonders betroffen sind Engpassberufe wie in der Pflege, in Erziehung und Sozialarbeit sowie im Bildungswesen. In vielen Fällen ist der Personalmangel Dauerzustand: 64 Prozent der betroffenen Arbeitnehmer*innen arbeiten seit über einem Jahr in unterbesetzten Teams. Die Situation zwingt viele Beschäftigte dazu, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, Überstunden zu leisten und unter starkem Zeitdruck zu arbeiten. Für viele wird die Belastung so groß, dass sie ihre Arbeitszeit reduzieren oder die Branche wechseln, was eine Abwärtsspirale verstärkt: Mit jeder Fachkraft, die kündigt, verschärft sich der Personalmangel weiter.

Um die Fachkräftelücken zu schließen, muss Deutschland Potenziale aktivieren, die bisher nicht im Fokus standen. Damit kann auch der lahmenenden Wirtschaft geholfen werden. Einen enormen Impuls gäbe es, wenn Teilzeitbeschäftigte ihre

Arbeitszeit aufstocken würden: Etwa ein Drittel aller Arbeitnehmer*innen in Deutschland arbeitet in Teilzeit – überwiegend sind es Frauen. Der DGB-Index Gute Arbeit zeigt: Mehr als die Hälfte (53 Prozent) der Teilzeitbeschäftigten arbeitet aufgrund von Sorgeverpflichtungen wie Kinderbetreuung oder pflegebedürftigen Angehörigen mit verkürzten Arbeitszeiten. Und 39 Prozent nennen als Grund für die Teilzeitarbeit die zu hohe Belastung bei ihrer Tätigkeit.

Frauen den Weg aus der Teilzeit ermöglichen

Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi ist sich sicher: „Wer Fachkräfte sucht, kann auf Frauen nicht verzichten. Doch die Hürden für Frauen in der Arbeitswelt sind nach wie vor hoch. Es ist höchste Zeit, diese Hindernisse aus dem Weg zu räumen.“ Entscheidend seien gleiche Löhne für gleiche Arbeit, deutlich mehr Investitionen in Kitas und Ganztagschulen und eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit in den Familien. „Das trägt zur Fachkräftesicherung bei und es ermöglicht Frauen, wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen“, so Fahimi. Zwei Drittel der Befragten berichten, dass sie keine Angebote zur Entlastung für familiäre Verpflichtungen vom Chef erhalten. Hier ist viel Luft nach oben. Zudem muss es gelingen, mehr Menschen weiterzubilden und sie so für neue Aufgaben fit zu machen. Zwar stehen betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen einer Mehrheit der Beschäftigten zur Verfügung, allerdings sind diese Angebote überwiegend von kurzer Dauer. Und: Sie werden häufig nicht in Anspruch genommen, weil sie an Bedarfen vorbeigehen oder weil die Arbeitssituation es nicht zulässt: zu wenig Zeit, fehlende Vertretung. Die Ergebnisse des DGB-Index zeigen: Je länger eine Weiterbildung dauert, desto besser wird sie von den Beschäftigten bewertet.

Politik und Arbeitgeber sind auch gefordert, wenn es um eine Reform der Erzieher*innen-Ausbildung geht. Sylvia Bühler, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, fordert: „Die Reform der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern muss endlich angedacht werden. Dass hier mitunter noch Schulgeld fällig und keine Ausbildungsvergütung gezahlt wird, ist völlig aus der Zeit gefallen. Politik und Arbeitgeber sind in der Pflicht, die Arbeitsbedingungen deutlich zu verbessern.“ Um die Berufe attraktiver zu machen und den Teufelskreis aus Fachkräftemangel und Überlastung in den Gesundheits- und Sozialberufen zu durchbrechen, brauche es zudem bedarfsgerechte und verbindliche Personalausstattungen. 

Engpassberufe: Gesund in Rente kaum möglich

Antworten von Beschäftigten in Engpassberufen auf die Frage „Meinen Sie, dass Sie unter den derzeitigen Anforderungen ihre jetzige Tätigkeit bis zum gesetzlichen Rentenalter ohne Einschränkungen ausüben können?“ (Anteile in Prozent)*

	Nein	Ja	Weiß nicht
Krankenpflege/Rettungsdienste	70	23	7
Altenpflege	64	32	5
Allgemeinbildende Schulen	63	33	4
Erziehung/Sozialarbeit	61	33	7

*rundungsbedingte Abweichungen möglich

Quelle: © DGB-Index Gute Arbeit 2024



Urteile

Aktuelle Entscheidungen zum Arbeits- und Sozialrecht

LIEFERDIENSTFAHRER*INNEN DÜRFEN BETRIEBSRAT WÄHLEN

Arbeitnehmer*innen eines Onlinemarktplatzes, die innerhalb eines abgrenzbaren Liefergebietes tätig sind, können einen eigenen Betriebsrat wählen.

Der Fall: Die Arbeitgeberin ist ein Lieferdienst, der über ein Onlineportal die Bestellung und Auslieferung der von ihren Partnerrestaurants angebotenen Speisen und Getränke organisiert. Im Mai 2023 wählten die Auslieferungsfahrer*innen des Liefergebietes Aachen einen dreiköpfigen Betriebsrat. Diese Wahl hält die Arbeitgeberin für unwirksam, da das Liefergebiet Aachen über keine hinreichende organisatorische Selbstständigkeit verfüge. Vielmehr würden die Beschäftigten in Aachen mit den in Köln tätigen Arbeitnehmer*innen einen einheitlichen Betrieb bilden. Die Wahlanfechtung des Arbeitgebers hatte keinen Erfolg.

Das Urteil: Das Liefergebiet Aachen ist gegenüber dem Hauptbetrieb räumlich und organisatorisch abgrenzbar. Die Auslieferungsfahrer*innen sind dem Liefergebiet fest zugeordnet; einen Austausch von Arbeitnehmer*innen, etwa mit dem Liefergebiet Köln, gibt es nicht. Auch ist die den Einsatz der Arbeitnehmer*innen bestimmende Einheit hinreichend institutionalisiert. Da die Arbeitgeberin den Arbeitseinsatz der Arbeitnehmer*innen digital durch eine App steuert, ist es ausreichend, wenn alle Arbeitnehmer*innen der abgrenzbaren Einheit den Weisungsrechten einer Leitungsmacht unterstehen, die für die Einheit zuständig ist. **Arbeitsgericht Aachen, Beschluss vom 23. April 2024 – 2 BV 56/23**

DOZENT*INNEN NICHT IMMER SELBSTSTÄNDIG

Ob Lehrende sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, ist von den konkreten Umständen des jeweiligen Einzelfalls abhängig. Es gibt keine gefestigte und langjährige Rechtsprechung, wonach eine lehrende Tätigkeit – insbesondere als Dozent*in an einer Volkshochschule – bei entsprechender Vereinbarung stets als selbstständig anzusehen wäre. Entscheidungen über das Vorliegen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen beruhen stets auf einer Einzelfallbeurteilung. **Bundessozialgericht, Urteil vom 5. November 2024 – B 12 BA 3/23 R**



Illustration: © iStock/Marina Ilyina

KIRCHENKREIS IST KEIN ÖFFENTLICHER ARBEITGEBER

Eine kirchliche Körperschaft des öffentlichen Rechts ist nicht zur Einladung schwerbehinderter Bewerber*innen zu einem Vorstellungsgespräch verpflichtet. Das Gesetz sieht diese Verpflichtung nur für öffentliche Arbeitgeber vor. Eine kirchliche Körperschaft des öffentlichen Rechts ist kein öffentlicher Arbeitgeber. **Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 25. Januar 2024 – 8 AZR 318/22**

INFLATIONSPRÄMIE IN DER PASSIVPHASE

Der im Tarifvertrag für energie- und wasserwirtschaftliche Unternehmungen geregelte Ausschluss von Arbeitnehmer*innen, die sich in der Passivphase ihrer Altersteilzeit befinden, vom Bezug einer Inflationsausgleichsprämie ist unwirksam. **Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 12. November 2024 – 9 AZR 71/24**

BETRIEBSRATSWAHL: BRIEFWAHL WEGEN HOMEOFFICE

Für die Wahl des Betriebsrats kann der Wahlvorstand denjenigen Arbeitnehmer*innen, von denen ihm bekannt ist, dass sie zum Zeitpunkt der Wahl wegen vorübergehender mobiler Arbeit oder wegen Kurzarbeit voraussichtlich nicht im Betrieb anwesend sein werden, die Unterlagen für eine schriftliche Stimmabgabe ohne einen entsprechenden Antrag übersenden. **Bundesarbeitsgericht, Beschluss vom 23. Oktober 2024 – 7 ABR 34/23**

SOZIALVERSICHERUNGSBEITRÄGE FÜR REITUNTERRICHT

Ein Reitverein muss für Reitunterricht Sozialversicherungsbeiträge zahlen, wenn der Unterricht im Rahmen einer abhängigen Beschäftigung erbracht wird. Hierfür spricht, wenn die Reitlehrerin die vereinseigenen Pferde sowie die Reithalle unentgeltlich nutzen kann und sie kein unternehmerisches Risiko trägt. **Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 2. Mai 2024 – L 1 BA 22/23**

BERUFSAUSBILDUNGSBEIHILFE NUR IN EIGENER WOHNUNG

Wer Ausbildungsbeihilfe beansprucht, darf nicht im Elternhaushalt wohnen. Es ist erforderlich, dass die oder der Auszubildende in einer eigenen, von der elterlichen Wohnung räumlich abgegrenzten Wohnung lebt und darin einen eigenen Haushalt führt. **Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 22. Juli 2024 – L 20 AL 196/22**

IMPRESSUM:

Herausgeber Deutscher Gewerkschaftsbund, Anschrift: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion einblick, Keithstraße 1, 10787 Berlin, Telefon: 030 /240 60-615, E-Mail: einblick@dgb.de **V.i.S.d.P.** Katrin Münch-Nebel **Redaktion** Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit** Luis Ledesma **Layout** 313.de **Druck** und Vertrieb DCM Druck Center Meckenheim GmbH **Abonnements** abo-einblick@dgb.de **E-Mail-Newsletter** www.dgb.de/einblicknewsletter **Nachdruck** frei für DGB und Mitglieds-gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch die Redaktion. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Redaktion und Autor*innen.

Trump 2.0: Konsequenzen für Beschäftigte und Gewerkschaften

Der neue US-Präsident Donald Trump will den Staatsapparat umbauen und millionenfach Migrant*innen abschieben. Was bedeutet die Wiederwahl für Beschäftigte, Gewerkschaften und die Zukunft der Arbeit in den USA? US-Experte Thomas Greven analysiert die Lage.

Nach Trumps Sieg ist man im politischen Washington erstaunlich schnell zur Tagesordnung übergegangen. Es war eben eine „change election“, heißt es lapidar: Die Menschen waren mit dem Status Quo unzufrieden und das läuft gewöhnlich gegen die Amtsinhaber. Doch jede Analyse müsste doch vor allem die Frage stellen, warum in einer stolzen Demokratie überhaupt Menschen einen Kandidaten wählen, der sich durch seine Aussagen und Taten so eindeutig für das höchste Amt im Staat disqualifiziert hat. Zudem hat er Vorbereitungen getroffen, um eine Niederlage anzufechten, mit Manipulationen und möglicherweise auch wieder mit Gewalt.

Bei der Wahlanalyse kommt wohl niemand mehr an der Klassenfrage vorbei: Die Inflation und mithin die wirtschaftlichen Sorgen insbesondere der Arbeiterklasse – in den USA meist definiert als Menschen ohne College-Abschluss – waren laut Nachwahlbefragungen ausschlaggebend für den Triumph der Republikaner. Sie ist damit unversehens zur Arbeiterpartei geworden – was ihre Wählerschaft, nicht was ihre Politik betrifft. Der demokratische Senator Bernie Sanders formulierte es so: „Die amerikanische Arbeiterklasse ist wütend – und das mit gutem Grund“. Donald Trump bot zwar keine wirklichen Lösungen, aber immerhin eine Erklärung an: Die Eliten und die Migrant*innen sind schuld. Die Demokraten, so Sanders, stehen dagegen vor allem dafür, nicht Trump zu sein, und ansonsten für den Status Quo, für eine gescheiterte, selbstgefällige Oligarchie: „America is already great“.

Die bequeme Wahlanalyse der Demokraten

Und so wundert es nicht, dass vom Establishment der Demokraten wie 2016 der Rassismus und Sexismus der weißen Arbeiterklasse zur Erklärung der Wahlschlappe bemüht wird. Ergänzt wird dies nun durch den Sexismus der Latino- und afroamerikanischen Männer. Damit muss man sich keine grundsätzlichen Fragen zur eigenen Wirtschaftspolitik stellen. Die Demokraten müssen dringend erkennen, dass es um Grundsätzlicheres geht.

Der Polarisierungsunternehmer Trump hat sich an die Spitze von vier Bewegungen gesetzt:

- Einer Bewegung gegen die demographische Entwicklung hin zu einer Gesellschaft, in der die Weißen nicht mehr den Ton angeben;
- einer religiös-traditionalistischen Bewegung gegen die Säkularisierung der Gesellschaft;
- einer neuen Arbeiterbewegung gegen Handels- und Migrationskonkurrenz;
- und einer neuen Männerbewegung gegen den drohenden Statusverlust.

Hinzu kommt: Im Personenkult, zu dem die Republikanische Partei geworden ist, geben reaktionäre Revolutionäre den Ton an, die die liberale Gesellschaft und Demokratie der USA völlig umstürzen wollen. Ihnen hilft die weit verbreitete Demokratiemüdigkeit, denn sie sind bis zur Gewaltbereitschaft motiviert. Mittelfristig aber könnten den Demokraten die bewährten Checks and Balances zur Hilfe kommen. Denn schon in zwei Jahren stehen wieder Kongresswahlen an. Dann sieht die „electoral map“ im Senat besser aus als 2024 – mehr Republikaner müssen wacklige Sitze verteidigen als Demokraten. Es ist auch wahrscheinlich, dass die Wähler*innen bis dahin mit den Konsequenzen von Trumps rücksichtslosem Durchregieren nicht ganz so zufrieden sind, wie sie in ihrem rosarot gefärbten Rückblick auf dessen erste Amtszeit erwartet hatten.

Was hat insbesondere die amerikanische Arbeiterklasse, was haben die Gewerkschaften und ihre teilweise gespaltenen Mitglieder von der Trump-Regierung zu erwarten? Den Ankündigungen zufolge wird die Lage vor allem für die vielen Migrant*innen ohne gültige Aufenthaltspapiere dramatisch. Auch wenn die geplanten Massendeportationen wohl weder juristisch noch organisatorisch so einfach durchzuführen sein werden, wie es sich die Ethnonationalisten vorstellen, der Verfolgungsdruck wird steigen und für viele vielleicht unerträglich werden. Helfen könnte ihnen ausgerechnet die republikanisch wählende Geschäftswelt, für die sie ein Arbeitskräftereservoir darstellen, das die Löhne niedrig hält.

Die Suche nach missliebigen Beamt*innen hat schon begonnen

Auch die Bundesbeschäftigten und ihre Gewerkschaften, insbesondere die höheren Karrierebeamten, werden unter erheblichen Druck geraten, nicht nur wegen der angekündigten massenhaften Einsparungen, die von einem Department of Government Efficiency ermittelt werden sollen. Dieses wird trotz seines Namens privat organisiert und ausgerechnet von den gewerkschafts- und arbeitnehmerfeindlichen Milliardären Elon Musk und Vivek Ramaswamy geleitet werden. Vor allem aber plant Trump, das bereits einmal per Executive Order eingeführte – und dann von Biden wieder kassierte – „Schedule F“ wiederzubeleben. Damit könnte Beamten sofort und ohne Grund gekündigt werden, damit sie durch loyale Trumpisten ersetzt werden. Die Organisatoren des Project 2025 verfügen bereits über eine Datenbank mit geeigneten Kandidat*innen.

Damit aber der MAGA-fizierung des Staates nicht genug, bei ungefähr zwei Millionen nicht-militärischen Beschäftigten will man noch schärfer durchgreifen – und, entsprechend der von Trump immer wieder angekündigten „Vergeltung“ auch linksliberale Beamte gezielt bestrafen. Großangelegte Loyalitätsprüfungen laufen deshalb schon seit einiger Zeit. So veröffentlichte die American Accountability Foundation eine Liste von „subversiven linken Bürokrat*innen“, denen die Durchsetzung der Migrationsgesetze nicht (länger) anvertraut werden könne. Zudem wird großflächig interne Kommunikation nach Anzeichen für mögliche Widerstände gegen die MAGA-Agenda durchforstet, beispielsweise – kein Witz – sollte man als Beschäftigter der Umweltschutzbehörde EPA besser nicht zu oft vom „menschengemachten Klimawandel“ gesprochen haben. Noch verzögern die Ministerien die Beantwortung der zehntausenden entsprechenden Anfragen, die auch vom Heritage Foundation Oversight Project und vom America First Policy Institute gestellt werden, aber damit ist es selbstverständlich sofort vorbei, wenn Trump übernimmt.

Verbände und Gewerkschaften wie die Senior Executives Association und die American Federation of Government Employees, die 800.000 Bundesbeschäftigte vertritt, haben weiteren Widerstand angekündigt, juristisch wie politisch. Ver-

ständlicherweise ist die Nervosität groß, auch wenn es nicht wahrscheinlich ist, dass sofort massenhafte Kündigungen ausgesprochen werden. Denn dann müsste die Trump-Regierung möglicherweise verantworten, wenn etwa unsichere Lebensmittel oder Medikamente in Umlauf kämen, oder Renten nicht ausgezahlt würden.

Wer kann Trump stoppen?

Mit der Abgeordneten Lori Chavez-DeRemer hat Trump eine überraschend gewerkschaftsfreundliche Kandidatin für das Arbeitsministerium nominiert, gegen die es aber Widerstand aus den Reihen der Republikaner gibt. Ist das Grund zur Hoffnung? Kaum: Bidens gewerkschafts- und überwiegend arbeitnehmerfreundliche Politik wird mit Sicherheit vom neuen US-Präsidenten in ihr Gegenteil verkehrt. Versprechungen wie das, zukünftig Trinkgelder nicht mehr zu besteuern, sind reinste Augenwischerei – die meisten Betroffenen verdienen zu schlecht, um davon profitieren zu können.

Die irrwitzigen Dimensionen des laut Musk angeblich vorhandenen Einsparpotenzials lassen zudem für den gesamten Wohlfahrtsstaat der USA nichts Gutes erwarten. Das dürfte die privaten Ausgaben der meisten Bürger*innen weiter steigern. Vor allem aber werden die von Trump fetischisierten Zölle nicht nur die chinesischen, europäischen und auch deutschen Exporteure unter Druck setzen, sondern auch vielen seiner Wähler*innen erheblich schaden, weil sie inflationssteigernd wirken. Parlamentarische Manöver und rechtliche Schritte können die Durchsetzung von Trumps Agenda verlangsamen. In demokratischen Bundesstaaten wie Kalifornien bereitet man den entsprechenden Widerstand vor. Aber am Ende wird es darauf ankommen, der MAGA-Bewegung eine populäre, breit getragene Demokratie- und Klassenbewegung entgegenzusetzen. Nur: Es ist fraglich, ob die Demokrat*innen oder die Gewerkschaften dafür bereit sind. ■

Dr. Thomas Greven ist Privatdozent für Politikwissenschaft am Kennedy-Institut der FU Berlin und selbstständiger Autor und Politikberater. Foto: © Sandy Hässner

WZB-Studie:

Industriepolitische Unterstützung notwendig!

Der Wandel hin zur Elektromobilität bringt Chancen mit sich, stellt die deutschen Autozulieferer aber auch zunehmend vor Herausforderungen. Das zeigt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB). Für die Studie wurden im Sommer 2024 in Kooperation mit der IG Metall knapp 200 Betriebsräte befragt. Eine Mehrheit der Betriebsräte zeigt sich besorgt über die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Standorte. Gleichzeitig sehen sie in der Elektromobilität eine Chance: Viele Unternehmen reagieren proaktiv auf Absatzprobleme und entwickeln neue Produkte für die Elektromobilität. Studien-Autor Martin Krzywdzinski regt eine aktivere Industriepolitik auf drei Ebenen an. Neben der Innovationsför-

derung müsse auch die Nachfrage nach E-Mobilität stimuliert werden. Dazu gehören der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und weitere unterstützende Maßnahmen. Der DGB fordert in diesem Zusammenhang gezielte Anreize zum Kauf von Elektromobilität. Energie ist ein wachsender Kostenfaktor in der Auto-Industrie – nicht nur durch die Elektromobilität, sondern auch die Digitalisierung der Fahrzeuge und der Produktion. „Die Energiewende und zugleich die Sicherung günstigen Stroms müssen daher eine zentrale Priorität für die Politik sein“, so das Fazit der Studie.

Betriebsräte sorgen sich um Wettbewerbsfähigkeit | WZB

Buchtipps „Ausgeliefert!“ von Orry Mittenmayer

Unauffindbare Restaurants, lauwarmes Essen, das überschwappt, und währenddessen läuft die Zeit runter in der Firmen-App. Schonungslos erzählt Mittenmayer aus der Welt der Fahrradlieferdienste, die auf den ersten Blick verlockend wirken – mit flexiblen Arbeitszeiten und viel frischer Luft. Doch hinter der glänzenden Fassade verbirgt sich eine ausbeuterische Praxis, bei der die Fahrer*innen, die sogenannten „Rider“, massiv unter Druck gesetzt werden.

Anfang November erschien das erste Buch des jungen Gewerkschafters und Aktivisten Orry Mittenmayer, „Ausgeliefert! Wie Lieferdienste ihre Fahrer ausbeuten, warum uns dies alle ärmer macht

– und was wir dagegen tun können“. Mittenmayer berichtet aus erster Hand von zahlreichen Arbeitsrechtsverstößen, die in der Branche an der Tagesordnung sind: Überwachung der Pausenzeiten, Kontrolle von Lieferwegen und ständige Standortüberwachung sind nur einige der praktizierten Schikanen. Die Arbeiter*innen sind oftmals in einer prekären Situation, die es ihnen erschwert, sich gegen diese Missstände zu wehren.

In seinem Buch fordert Mittenmayer ein Ende dieser Ungerechtigkeiten. Denn der Hype um schnelle Lieferungen hat eine Schattenseite. Sind wir bereit, den Menschen, die uns das Essen bringen, zuzuhören?

einblick newsletter als E-Mail

Immer und überall auf dem neuesten Stand: Hier können Sie den einblick als E-Mail abonnieren.

dgb.de/einblicknewsletter

